

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 53 (1959)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : um die Abrüstung ; Kapitalismus und Antikommunismus ; "Deutsche Pause"? ; Italienische Schwierigkeiten ; Afrika - Asien ; Wird sich der Sozialismus erneuern?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

glaubst, lieber Freund, so verteile doch eine Handvoll von diesen Flugblättern und gib gut acht, aus welcher Richtung der Aufschrei der Empörung kommt.

«To subvert» heißt «etwas umstürzen oder auf den Kopf stellen.» Nun gibt es heute sicher politische Einstellungen und Praktiken in unserem Land – einige davon wurden geschildert –, die gerade diese Art von Behandlung verdienen. Es ist selbstverständlich dein Recht, dies zu glauben oder nicht zu glauben. Es ist auch deine Pflicht als guter Bürger, dich offen dazu zu äußern. Ich bin berechtigt, für die Rückkehr zur Freiheit unbehinderter, in Zeit und Ort freier Diskussion aller Fragen einzutreten. Da der erste Zusatzartikel, der Gedankenfreiheit, Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert, noch immer in unserer Verfassung steht, hat kein Mensch gesetzliche Vollmacht, uns gerichtlich zu verfolgen, wenn wir diese Freiheiten für uns in Anspruch nehmen. Ganz besonders wenn es um das Recht geht, einer heilsamen Verachtung für Unsinn von der Art der «sauberen Bomben», von «beschränktem Krieg oder Präventivkrieg» Ausdruck zu geben. Wenn wir diese Freiheit nicht besitzen, so sind wir schon ein gutes Stück auf dem Weg zum Polizeistaat, den wir zu verabscheuen behaupten.

Wenn du noch nicht verstehst, was sich bei uns abspielt, tätest du besser es selbst herauszufinden, bevor unsere ganze Welt den falschen Göttern der Habsucht und des Fanatismus geopfert wird. Wenn du aber im Bilde bist und schweigst aus Furcht, so verdienst du die Vergessenheit, die den Feigling erwartet. Schließlich haben wir die Regierung, die wir verdienen, so wach auf und erkenne die große Lüge. Mach dir klar, daß wir heute eine Regierung des Geldes, durch das Geld und für das Geld haben. Und, wenn du das nicht magst, verlange, daß wir zurückkehren zu einer Regierung durch das Volk – durch die Zustimmung der Regierten.

Mitleid und Gerechtigkeit in der Welt sind die Summe des Strebens und der Standhaftigkeit jedes einzelnen.

«Nichts bekämpfen die Leute so böseartig und hartnäckig wie eine Wahrheit, die ihnen verhaßt ist» (Leonhard Ragaz). *R. F. Burlingame*

WELTRUNDSCHAU

Um die Abrüstung Langsam, aber anscheinend sicher strebt die west-östliche Diplomatie der ersten Gipfelkonferenz zu. Grundsätzlichen Widerstand leistet keine der beteiligten Regierungen mehr – und das ist schon ein großer Fortschritt; man verhandelt im Westlager nur noch über den Zeitpunkt des Treffens und die Taktik gegenüber der Sowjetunion. Es scheint sogar, daß auch

Bonn für einmal zurückgewichen ist, in der Hoffnung natürlich, bei erster Gelegenheit wieder offen vorprellen zu können. In Paris will man zuerst Chruschtschew empfangen, die Atombombe in der Sahara platzen lassen und womöglich zu einem Waffenstillstand in Algerien kommen, ehe man sich zur Gipfelkonferenz begibt. Aber auf den Frühsommer 1960 hin dürfte es doch soweit sein, nachdem im Dezember sowie im Frühling die westlichen Regierungshäupter und die NATO-Außenminister getagt haben werden.

Inzwischen drängt Chruschtschew zäh und zielbewußt vorwärts. «Wir sind beide zu stark, um noch gegeneinander Krieg führen zu können», verkündete er unermüdlich den Amerikanern auf seiner USA-Reise, und er sagt es weiterhin überall, wo er auftritt. Offenbar ist er auch überzeugt, daß die Vereinigten Staaten trotz allem fort-dauernden antikommunistischen Betrieb – man muß in der Politik doch das Gesicht wahren! – eine Kraftprobe gegenüber der Sowjetunion gar nicht mehr wollen, selbst wenn sie sich dazu stark genug fühlten. Auf jeden Fall hat er selbst allen Grund, die *Abrüstung* mit vollem Ernst zu betreiben. Sein großes Ziel, für dessen Erreichung er alle Leidenschaft einsetzt, ist es, die materielle Lebenshaltung des Sowjetvolkes auf die amerikanische Höhe zu bringen, womöglich schon bis 1975. Und das ist, wenn überhaupt, so nur möglich, wenn die ungeheuren Kräfte und Mittel, welche die Sowjetunion nun für ihre Militärrüstung verwendet – verwenden *muß*, wie sie glaubt –, für die Herstellung von Verbrauchsgütern im weitesten Ausmaß freigemacht werden. Davon erwartet die Sowjetführung nicht allein Gutes für ihr eigenes Volk; sie erwartet auch, daß der so geleistete Beweis der Leistungsfähigkeit der Sowjetwirtschaft die Völker der übrigen Welt, mindestens diejenigen der unterentwickelten Länder, unwiderstehlich dem Kommunismus zuführen werde. Die friedliche Konkurrenz und Koexistenz könne dann nicht anders als mit dem Sieg der neuen Ordnung, unter der jetzt schon ein Drittel der Menschheit lebt, auf dem ganzen Erdenrund enden . . .

Die erste Gipfelkonferenz wird sich so – das scheint abgemacht – vor allem mit der Abrüstungsfrage zu befassen haben. Und bereits hat ja die Versammlung der Vereinten Nationen oder doch ihre Politische Hauptkommission mit den Stimmen aller Mitgliedstaaten – etwas ganz Außerordentliches! – jene Entschließung angenommen, die eine allgemeine und vollständige Abrüstung als die wichtigste Aufgabe der heutigen Welt erklärt und den schon früher eingesetzten Zehnerausschuß mit der Behandlung aller bisher eingereichten Abrüstungsvorschläge beauftragt. Es ist freilich ein bezeichnendes Zusammentreffen, daß ungefähr gleichzeitig Amerikas größte Rüstungsfirmen begonnen haben, Millionen von Dollar in die neue west-deutsche Rüstungsindustrie zu stecken. «Etwa eine Milliarde Dollar», so schreiben die Londoner «Peace News», «werden in den nächsten sechs oder sieben Jahren in der einst verfemten deutschen Industrie

angelegt werden . . . Unter den wohlbekannten Namen befinden sich General Electric, Bell Aircraft und Lockheed in den Vereinigten Staaten»; und in Deutschland Heinkel-Messerschmitt, Dornier und Krupp. Als Alfred Krupp aus dem Kriegsverbrechergefängnis in Landsberg entlassen wurde, verpflichtete er sich, nie wieder Waffen herzustellen. Jetzt erwartet man, daß Westdeutschland der führende Waffenlieferant der NATO wird.» Auch ein Kommentar zur Abrüstungsdiskussion!

Kapitalismus und Antikommunismus

Es ist zwar durchaus denkbar, daß sich die bisherige Kriegsindustrie der Vereinigten Staaten auf Friedensproduktion umstellt, beispielsweise auf die Herstellung derjenigen Ausrüstungen, die für die «Eroberung des Weltraums» nötig sind, und noch mehr auf die planmäßige Entwicklung der wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Länder. Aber Rüstungsgewinne sind eben viel leichter zu verdienen als Gewinne aus solcher Friedensproduktion, und insbesondere die Versorgung der unterentwickelten Völker im großen Stil setzt eine internationale Planwirtschaft voraus, die den Verzicht auf allen Kolonialismus und Imperialismus in sich schließen müßte – und davon ist der Weltkapitalismus noch siriusweit entfernt. Gewaltige Interessen hängen am Kalten Krieg, und es wird eines fortwährenden, wachsenden Druckes der Völker bedürfen, bis diese Interessen unschädlich gemacht sind.

Vor allem der *amerikanische* Kapitalismus ist, nach Überwindung der «kleinen Krise» der letzten paar Jahre, wieder so selbstbewußt und kräftig wie nur je und beherrscht den Regierungsapparat nach wie vor ziemlich unbeschränkt. Man sieht das erneut am großen *Stahlarbeiterstreik*, der über 500 000 Arbeiter der Stahlindustrie und allmählich gegen 200 000 Arbeiter in anderen Industrien erfaßt hat. Die Unternehmer hatten sich – wie übrigens auch die Stahlarbeiter – auf diesen Kampf umsichtig vorbereitet, einen Kampf, bei dem es weniger um Lohnfragen geht (die Stahlarbeiter gehören zu den best-bezahlten Arbeitern der USA und bringen es bis auf 7000 Dollar Jahresverdienst) als um Sicherheit und Regelmäßigkeit der Anstellung (auch im Blick auf die Automation) und um die Einführung einer ausreichenden Krankenversicherung in der Stahlindustrie. Aus den Rekordgewinnen des ersten Halbjahres 1959 konnten die Gesellschaften starke Reserven bereitstellen; ihre Lager waren aus der Vollbeschäftigung von Winter und Frühjahr her gut versehen, und im Weißen Haus hatten sie einen Verbündeten, auf den sie sich verlassen konnten. Präsident Eisenhower steht tatsächlich den Stahlmagnaten sehr nahe. Sein früherer Finanzminister, George Humphrey, einer seiner ständigen Ratgeber, und sein Golfpartner und Gutsnachbar George Allen gehören zu den führenden Männern der Stahlindustrie, und die meisten Stahlgesellschaften steuern freigebig zu den Propagandakosten

der Republikanischen Partei bei, haben also in der von dieser Partei gestellten Regierung ein gewichtiges Wort mitzusprechen. So konnte es nicht überraschen, daß Eisenhower auf Drängen der Stahlunternehmer, als ihnen der Streik doch zu lange ging, eine gerichtliche Verfügung erwirkte, durch die auf Grund des bösen Taft-Hartley-Gesetzes die Arbeiter nach fast vier Monaten Kampf gezwungen wurden, für mindestens 80 Tage die Arbeit wiederaufzunehmen. Und da es sehr schwer halten würde, den Streik nach Ablauf dieser Frist zu erneuern, heißt das eben wohl, daß die Stahlarbeiter in der Hauptsache verlieren und die Unternehmer ihren Willen durchsetzen werden. Ob dieses Ergebnis nicht dazu beitragen wird, die amerikanischen Gewerkschaften etwas zu radikalisieren, bleibt abzuwarten; jedenfalls fühlt sich das ganze kapitalistische Unternehmertum neugestärkt und siegesgewiß.

Aber die amerikanischen Arbeiter sind eben selbst schuld, daß es soweit gekommen ist. K. S. Karol, der die Amerikareise Chruschtschews mitgemacht hat, schreibt im «New Statesman» (7. November) unverblümt, sein Eindruck sei, daß «die wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Amerikas einfach unter die Decke des Antikommunismus und der ewigen Verherrlichung der amerikanischen Lebensform geschoben wurden. Der McCarthyismus ist zweifellos tot, aber der Antikommunismus (bei dem die amerikanischen Gewerkschaften in vorderster Reihe mitmachen. H. K.) bleibt die Lehre und Triebkraft der amerikanischen Gesellschaft». Jedermann in Amerika glaube, daß er in der besten aller möglichen Welten lebe; «niemand regt sich über die augenfällige soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit um ihn herum auf». So hat eben der amerikanische Kapitalismus und Antikommunismus auch in der Außenpolitik der USA freie Bahn. Ein sprechendes Beispiel: die Politik der Vereinigten Staaten in Laos und Südostasien überhaupt.

Das Genfer Abkommen von 1954 über die Beendigung des Indochinakrieges bestimmte, daß Laos und Kambodscha unabhängige und neutrale Staaten sein sollten, und obwohl die Nordprovinzen von Laos unter der Herrschaft der eng mit dem Vietminh verbundenen Widerstandsbewegung des Pathet Lao standen, sollten diese Provinzen nicht zu Nordvietnam geschlagen werden (das seither vom Vietminh regiert wird), sondern auf dem Wege der Verständigung dem neuen laotischen Staat einverleibt werden. Diese Verständigung kam denn auch zustande, obwohl es schwierig war, die feudal-reaktionäre Regierung von Laos und die Bewegung des Pathet Laos, die sich in eine normale politische Partei mit radikalen, ja kommunistischen Tendenzen umwandelte, unter einen Hut zu bringen. Mit der Zeit gewann nun der Pathet Lao immer mehr an Boden; bei den Wahlen von 1958 errang er die Mehrheit in den Nordprovinzen und brachte zwei seiner Führer in die Regierung. Da griffen aber die Vereinigten Staaten energisch ein. Unbekümmert um das Genfer Abkommen, das sie nicht

unterzeichnet hatten, hatten sie bereits im Herbst 1954 die als Bollwerk gegen den Kommunismus gedachte Südostasiatische Vertragsorganisation (SEATO) auf die Beine gestellt, der auch Laos angeschlossen wurde. Nun organisierten und finanzierten sie auch den innerpolitischen Kampf gegen Bodenreform, Sozialreform und Kommunismus, sorgten für die Ausstoßung der Pathet-Lao-Minister aus dem Kabinett und ermutigten die königliche Regierung zu einem planmäßigen gegenrevolutionären Unterdrückungsfeldzug.

Natürlich wehrte sich der Pathet Lao gegen diesen Bruch der Genfer Vereinbarung und nahm mit Unterstützung aus dem benachbarten Nordvietnam den Kampf gegen das reaktionäre Regime Sananikone auf. Das benützten die Vereinigten Staaten dazu, die Regierung von Laos zu einem Hilferuf an die UNO zu veranlassen. Die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Königreiches, so behauptete diese, sei von außen her schwer bedroht; «fremde Truppen» (gemeint war die Armee Vietnams) hätten «die Grenze überschritten und militärische Operationen eingeleitet». Die Absicht war, wenn nicht die UNO selbst zum militärischen Eingreifen nach Art des Koreakrieges zu bringen, so doch den Vereinigten Staaten eine Rechtfertigung für *ihre* gewaltsame, offene Einmischung in die Angelegenheit von Laos und damit für die Errichtung eines mächtigen Stützpunktes ihrer ganzen südost- und ostasiatischen Politik zu verschaffen, die auf die Zerschlagung der jungen kommunistischen Staaten am Rande des Pazifik – China, Nordkorea und Nordvietnam – gerichtet ist.

Der Plan scheiterte. Vor einem militärischen Eingreifen in Laos schreckte die UNO – nicht nur dank dem Einspruch der Sowjetunion – doch zurück, und die Kommission, die der Sicherheitsrat nach Laos entsandte, um die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen, mußte bedauerlicherweise feststellen, daß von einem Einmarsch vietnamischer Streitkräfte in Laos keine Rede sein könne, vielmehr nur private Unterstützung des Pathet Lao aus Nordvietnam nachgewiesen werden könne – eine Unterstützung, die Amerika wahrhaftig dem Pathet Lao nicht als unzulässig ankreiden durfte, wo es doch selber die laotische Opposition gewaltsam zu unterdrücken mitgeholfen und so zum Widerstand direkt gezwungen hatte. Das Ganze ist nicht nur eine Blamage für die Vereinigten Staaten; es ist eine Niederlage ihrer gegenrevolutionären Politik in Südostasien überhaupt. Ob der UNO-Generalsekretär Hammarskjöld, der deswegen nach Laos geflogen ist, die Vereinigten Staaten und ihre Parteigänger in der UNO aus der Verlegenheit zu retten vermag, steht dahin. Auf jeden Fall lehrt der Fall Laos aufs neue, daß es mit bloß europäischer Entspannung nicht getan ist; auch Asien muß in die Politik friedlicher Koexistenz einbezogen werden, soll sie nicht unbefriedigende Halbheit – oder noch weniger als das – bleiben.

„Deutsche Pause“! Dabei ist es noch durchaus fraglich, wie weit die Entspannung in Europa selbst gehen kann. Das Haupthindernis ist – man muß das immer wieder sagen – die «Politik der Stärke», der sich die *westdeutsche Regierung* verschrieben hat. Ihr Ziel ist unter Adenauers Führung ein doppeltes: Schaffung eines katholisch-konservativ orientierten «Kleineuropas», das wirtschaftlich und politisch von Deutschland beherrscht wäre, und Einverleibung nicht nur der heutigen ostdeutschen Republik, sondern auch der 1945 verlorenen übrigen Ostgebiete, was die Zerschlagung des Sowjetblockes voraussetzt. Dieses zweite Ziel war bisher auch das der andern Westmächte. Der Bonner F. L.-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sagte es Ende Oktober recht offenerherzig: «Die Lösung der deutschen Frage war für die westliche Politik der letzten Jahre nicht ein Selbstzweck gewesen. In ihr lag der Schlüssel für die Wiederherstellung einer menschenwürdigen Ordnung (mit dem Sturz des kommunistischen Regimes. H. K.) nicht nur im östlichen Teil Deutschlands, sondern in Osteuropa überhaupt.» Osteuropa müsse «bis zum Ural» befreit werden, war und ist noch jetzt ein maßgebendes Lösungswort der westdeutschen Politik.

Bonn's Ziele sind nun freilich durch die amerikanisch-britische Entspannungspolitik stark gefährdet. Wenn sich die Westmächte mit der Sowjetunion darüber verständigen, daß alle gewaltsame Umgestaltung der Machtverhältnisse in Europa in Zukunft ausgeschlossen bleiben müsse, dann ist es mit der ganzen westdeutschen Ausdehnungspolitik nach Osten hin Schluß. Um diese «Katastrophe» zu vermeiden, scheinen Adenauer und seine Leute vorläufig eine ausweichende, eine elastischere Haltung als bisher einnehmen zu wollen. Wenigstens ist jetzt die Rede von einer «deutschen Pause», die an Stelle des sturen Drängens nach Sofortlösungen treten soll. Die deutsche Frage soll danach in den West-Ost-Verhandlungen für einmal zurückgestellt und ein gewisses Maß von Rüstungsbegrenzung in Mitteleuropa erstrebt werden. Das werde, so hofft man, die Sowjetunion beruhigen und sie zur Preisgabe der DDR veranlassen, was dann ohne weiteres zum Anschluß Ostdeutschlands an die Bundesrepublik führen müsse.

Die Rechnung wird aber kaum aufgehen. So schnell wird die Sowjetunion ihre Hand nicht von der DDR abziehen; da müßte sie schon ganz andere Sicherheitsgarantien haben. Sodann fragt es sich sehr, ob England und gar Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen ein wiedervereinigtes Deutschland gern sehen würden. Die Spuren der deutschen Vergangenheit schrecken noch immer! Nicht einmal die mögliche Neuausdehnung Deutschlands über die Oder-Neiße-Grenze hinaus erweckt in Frankreich und England irgendwelche Begeisterung – im Gegenteil. Und stimmt es etwa nicht, daß de Gaulle mit dem Gedanken umgeht, seine Unterstützung für die Lösung der deutschen und der Berliner Frage im Sinne der Adenauerpolitik zurückzuziehen, falls es ihm gelänge, damit die Neutralität der

Sowjetunion in der Frage von Algerien zu erkaufen? Adenauer wird auf jeden Fall seine Schwierigkeiten mit de Gaulle haben, wenn er ihn demnächst in Paris besucht. Er wird es auch nicht leicht haben, nächste Woche in London besseres Wetter für sein Kleineuropa zu machen, von dem man bisher dort weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinn (mit dem «Gemeinsamen Markt» der sechs Festlandstaaten Frankreich, Westdeutschland, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg) viel wissen will.

Italienische Schwierigkeiten Ein unsicherer Kunde ist nicht zuletzt auch *Italien*. Seine führende Regierungspartei, die Democrazia Cristiana, ist von einer heftigen Krise erschüttert, die an ihrem jüngsten Kongreß in Florenz sehr offen zum Ausdruck kam. Auf der einen Seite stehen die Anhänger und Nutznießer des Regierungskurses um Ministerpräsident Segni, Außenminister Pella, Parteisekretär Moro und andere, die Sachwalter des Italien beherrschenden Dreibundes von Großgrundbesitz, Großkapital und Katholischer Kirche. Auf der anderen die Gruppe, die sich um den ehemaligen Ministerpräsidenten Fanfani, den Führer der katholischen Gewerkschaften Pastore und all diejenigen schart, die in der Zusammenballung der wirtschaftlichen und politischen Macht an wenigen Kommandostellen ein Krebsübel Italiens sehen und planwirtschaftliche Neigungen – wenn auch recht unklarer Art – hegen. Am Florentiner Parteitag hat die Rechte – die im Parlament auf die Unterstützung der Neufaschisten und Monarchisten angewiesen ist – zwar die Oberhand gewonnen, was keineswegs verwunderlich ist, da der linke Flügel eben doch grundsätzlich und weltanschaulich auf dem Boden der «Katholischen Aktion» steht und nur solche Reformen will, die durch eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten der Richtung Nenni, unter Ausschluß der Kommunisten – Italiens stärkster Partei –, erreichbar sind. Aber ob sich die gegenwärtige Regierungskoalition, der ja auch die Sozialdemokraten unter Saragat angehören, mit ihrer rein konservativen, die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse verteidigende Politik noch lange halten können, ist noch sehr die Frage.

Italien braucht eine Erneuerung an Haupt und Gliedern, eine radikale Neugestaltung von Wirtschaft und Staat – und wie das mit Hilfe eines Teiles der sogenannten Christlichen Demokraten, aber im Gegensatz zu der kommunistischen Massenpartei möglich sein soll, ist schwer zu sehen. Außer der Gruppe «Base», die entschieden links steht, ist, wie Lelio Basso in der «Critica sociale» (Nr. 18/1959) schreibt, «der ganze Rest der Democrazia Cristiana verzweifelt damit beschäftigt, Formeln zu suchen – neue oder alte –, um noch einmal das alte Gleichgewicht der Oligarchien aufrechtzuerhalten, und es kann nicht Aufgabe der Sozialisten sein, ihnen die Hand zu reichen. Aufgabe der Sozialisten, die geschichtliche Aufgabe der Sozialisten, ist

es, diese Krisenlage zu benützen, um das oligarchische Gleichgewicht umzustürzen und der Verfassung des demokratischen Italiens einen entscheidenden Ruck zu geben. Es ist die Aufgabe, vor der die Arbeiterbewegung sowohl in der ersten als in der zweiten Nachkriegszeit versagt hat.» Wird sich der italienische Sozialismus wenigstens jetzt auf der Höhe seiner Aufgabe zeigen? Wird er nicht nur die Kraft werden, die Italien aus sozialer Ungerechtigkeit, Not und Rückständigkeit heraushebt, sondern es auch zu einem festen Bollwerk der internationalen Friedenssicherung und Zusammenarbeit macht?

Afrika – Asien Welche Aufgabe bleibt allein die planmäßige und wirklich großzügige Hilfe an die ausgebeuteten, die halb- und ganzkolonialen Völker! Es ist ja wirklich so, wie letzthin (in Nr. 1215) die «Peace News» feststellten: «Die industriell fortgeschrittenen Länder werden reicher, während die meisten der ärmeren Länder kaum ihre bisherigen elenden Lebensbedingungen aufrechterhalten können. Das ist das Bild, das die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in ihrem letzten Jahresbericht entwirft, der sich auf 1958/59 bezieht. Es ist ein jammervolles Bild . . . Und doch könnten die reichen und mächtigen Staaten, die so viel von Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechten schwatzen, im Kampf gegen den Hunger in einem Ausmaß zusammenarbeiten, das vielleicht auf keinem anderen Gebiet möglich ist.»

Tun sie es? Sie denken nicht daran. Sie stemmen sich der Elementarbewegung der farbigen Völker, die nicht nur Freiheit von Fremdherrschaft, sondern vor allem Freiheit von Not und Armut ersehnen, immer noch entgegen, so sehr sie können, und suchen aus dem doch unausweichlichen Zusammenbruch des Kolonialismus zu retten, was überhaupt noch zu retten ist. Frankreichs frevelhafter Algerienkrieg ist nun bereits in sein sechstes Jahr eingetreten, ohne daß einigermaßen begründete Hoffnung auf ehrliche Anerkennung des Rechtes der algerischen Nation auf Unabhängigkeit bestünde. Auch in Britisch Zentralafrika – den beiden Rhodesien und Njassaland – wie in Ostafrika – Kenia, Tanganjika – klammern sich die weißen Herren zäh an ihre Vorrechtsstellung und lassen sich jedes Zugeständnis an die Afrikaner nur mit äußerstem Widerstreben abringen. Der belgische Kongo aber, der noch vor wenigen Jahren so ruhig schien, steht geradezu am Vorabend einer blutigen Empörung der schwarzen Volksmassen (12 Millionen Menschen!) gegen die dünne Oberschicht der 60 000 Weißen, falls in Brüssel nicht doch noch Vernunft und Rechtsinn durchbrechen.

Gewiß, der Plan des Kolonialministers Schrijver, der vor wenigen Tagen von der Kammer mehrheitlich angenommen wurde, kommt den kongolesischen Forderungen schon recht weit entgegen; aber alle großen Parteien der Afrikaner selbst verwerfen ihn dennoch als heute nicht mehr genügend, sei es offen, sei es, daß sie an seine Annahme

Bedingungen knüpfen, die der von den Katholischkonservativen und den Liberalen gebildeten belgischen Regierung unannehmbar scheinen. Vor allem besteht der Kongo darauf, daß noch vor den Wahlen, die im Dezember stattfinden sollen, Verhandlungen am Runden Tisch gepflogen werden, die über die Selbstverwaltung des Kongos und den Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung volle Klarheit schaffen müßten. Mit ihrer Weigerung, auf dieses Begehren einzutreten, hat die Brüsseler Regierung die Gefahr nahegerückt, daß die kolonialen Behörden im Kongo die Aufforderung zum Boykott der Wahlen als Rebellion betrachten und gewalttätig unterdrücken, woraus sich fast mit Sicherheit blutige Zusammenstöße im großen Maßstab entwickeln würden, in ihrem Charakter ähnlich den jüngsten Unruhen in Stanleyville, die eindeutig von der örtlichen Polizei verschuldet waren und rund 70 Menschen das Leben kosteten, aber an Ausdehnung und Heftigkeit unendlich größer als dieser eher lokale Zwischenfall. Es bedarf rascher und mutiger Entschlüsse in Brüssel, wenn dieser Gefahr rechtzeitig begegnet werden soll. Für halbe Maßnahmen, wie sie vor fünf Jahren noch genügt hätten, ist es jetzt auch im Kongo zu spät.

Aus den Ereignissen, die sich in Asien abspielen oder vorbereiten, sei heute nur der *chinesisch-indische Grenzstreit* herausgegriffen, der sich durch die Erschießung von neun indischen Grenzpolizisten bei einem chinesischen Vorstoß ins Gebiet von Ladakh noch weiter verschärft hat. Die Chinesen setzen sich, je länger der Konflikt dauert, nur immer mehr ins Unrecht. Sie können zwar geltend machen, daß China die umstrittene McMahon-Linie nie anerkannt habe, daß die wenigen Dörfer, die sich dort vorfinden, bisher als zu Tibet gehörend betrachtet worden seien, und daß der ganze Landstreifen für Indien wertlos sei, so wertlos, daß es die längste Zeit nicht einmal den Bau einer chinesischen Straße, der dort im Gang ist, bemerkt habe. Aber was für eine Bedeutung kann er dann für China haben? Wirtschaftlicher oder Gefühlswert kann ihm bei dem ungeheuren Ausmaß des noch so weithin unerschlossenen chinesischen Riesenreiches nicht zukommen. Strategische Bedeutung könnte er nur haben, wenn man annimmt, daß China von Indien her bedroht ist – ein völliger Widersinn. Und um nur eine Rolle im politischen Spiel der Kräfte zu spielen – etwa als Druckmittel, um die Aufnahme Chinas in die UNO zu erreichen –, dazu sind die chinesischen Vorstöße wirklich zu ernst, so richtig es auch sein mag, daß sich China nicht so weit vorgewagt hätte, wenn es im Rat der Vereinten Nationen Sitz und Stimme hätte. Wozu also der ganze, direkt vom Zaun gerissene Streit? Er hat China schon soviel Sympathien in der Welt gekostet, daß es seine rasche, für *beide* Teile annehmbare Beilegung selber wünschen müßte und auch Moskau über seinen großen asiatischen Bundesgenossen sichtlich verstimmt ist. Ob der neueste chinesische Vorschlag – sowohl China wie Indien sollten ihre Streitkräfte je 20 Kilometer hinter die McMahon-Linie zurückziehen – einer solchen schiedlich-friedlichen Lösung för-

derlich ist, steht dahin; auf alle Fälle muß das indisch-chinesische Verhältnis gründlich entgiftet werden, wenn nicht immer größeres, kaum wieder gutzumachendes Unheil angerichtet werden soll.

Wird sich der Sozialismus erneuern? Aber nun noch einmal zurück zu Westeuropa.

Die Wahlniederlage der *britischen Labourpartei* – die eben viel mehr als eine bloße Wahlniederlage ist – wirft Fragen auf, die weit über die englische Erfahrung hinausreichen und die ganze sozialistische Bewegung, vor allem diejenige Westeuropas, angehen. Daß der internationale Sozialismus in einer tiefen Krise steht, ist ja schon seit Jahrzehnten offenkundig und gerade auch in den «Neuen Wegen» immer wieder ausgiebig zur Sprache gekommen. Aber es muß sich nun doch bald zeigen, ob diese Krise zum Tod oder zum Leben, zu einem neuen Leben, führen wird. Es muß sich das in Frankreich und Westdeutschland, in Holland und Belgien, in den nordischen Ländern und in Italien, nicht zuletzt auch in unserer *Schweiz* zeigen, wo die Sozialdemokratie Ende Oktober bei den Nationalratswahlen ebenfalls einen gewissen Rückschlag erlitten hat. Der Verlust von zwei Sitzen, den sie in Kauf nehmen mußte, wäre zwar an und für sich leicht erträglich; er gewinnt aber an Schwere sehr erheblich dadurch, daß er aufs neue die Unmöglichkeit eines weiteren Fortschritts der schweizerischen Sozialdemokratie auf dem von ihr gewählten Weg beweist, wie das schon seit Jahren erkennbar ist. So ist die sozialdemokratische Nationalratsfraktion von ihrem 1943, dank einer Vermehrung der Zahl der Abgeordnetenmandate, erreichten Höchststand von 58 Sitzen auf deren 51 zurückgefallen, bei einem gleichzeitigen Rückgang ihrer Wählerzahl um durchschnittlich fünf Prozent. (Die kommunistische Partei der Arbeit hat trotz Verlust eines Sitzes ihre Wählerzahl um 15 Prozent erhöht!) Für eine Partei, die die Schaffung einer von Grund auf neuen, einer sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung durch Gewinnung einer klaren Volksmehrheit auf ihre Fahne geschrieben hat, ist solche Stockung, ja rückläufige Bewegung das Schlimmste, was ihr begegnen kann; es bedeutet, daß sie unter normalen Verhältnissen keine Aussicht mehr hat, eine Volksmehrheit für den Sozialismus zu gewinnen.

Aber das ist es ja gerade: die schweizerische Sozialdemokratie *will* gar nicht mehr im Ernst eine der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrem Staat radikal entgegengesetzte, sozialistische Ordnung aufgerichtet wissen; auf jeden Fall *kämpft* sie nicht dafür, richtet sich vielmehr immer behaglicher in der ehemals bitter befehdeten und angeklagten kapitalistischen Gesellschaft ein. Ähnliches gilt von den meisten Parteien der sozialdemokratischen Internationale. Und das ist nun eben ihre Krise, das heißt die Entscheidung, vor die sie gestellt sind: Wollen sie den Weg ihrer Verbürgerlichung, also der Anpassung

an den kapitalistisch-bürgerlichen Klassenstaat mit seiner ganzen Scheindemokratie, seinem Militarismus und Imperialismus weitergehen, oder wollen – und können sie noch – zum Sozialismus selbst zurückfinden, einem Sozialismus freilich, der nicht einfach die klassisch-marxistischen Formen und Formeln wieder aufnehmen darf, sondern darüber hinaus zu neuen, den geistigen und sittlichen ebenso wie den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten unserer Zeit entsprechenden Verwirklichungen führen muß?

Es war die große Leistung von Marx und Engels, daß sie den Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Entwürdigung mit dem Streben nach einer *grundsätzlich* neuen, einer sozialistischen Gemeinschaftsordnung aufs engste verbanden. «Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft», so verkündeten sie in ihrem Kommunistischen Manifest, «kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.» Der Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker – so heißt das – darf nicht *bloß* der Gewinnung einer materiell besseren und höheren Lebenshaltung dienen, er darf nicht *nur* Klassenkampf sein oder gar zu einer neuen Klassenherrschaft führen; er muß vielmehr als Kampf um eine *sittlich* höhere Lebensform, um eine neue Gesellschaftsordnung und Kultur, um die wirkliche Menschwerdung des sich selbst entfremdeten Menschen unserer Zeit verstanden und geführt werden. Der Sozialismus muß im Namen der Gerechtigkeit, der echten Freiheit, des Friedens unter den Völkern und Rassen verlangt werden – dann werden auch die materiellen Bedürfnisse und Notwendigkeiten, unter deren Druck die Opfer des Kapitalismus stehen, von selbst ihre Befriedigung und Erfüllung finden. Im tiefsten Grund also nichts anderes, als was im Mittelpunkt der Verkündigung Jesu steht: «Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, dann wird euch alles übrige obendrein gegeben werden!»

Die so geschaffene Verbindung zwischen Arbeiterklasse und Sozialismus, diese Einheit von Tageskampf und Endziel, von Reform und Revolution ist nun freilich im Lauf der Zeit in der sozialistischen und Arbeiterbewegung mehr und mehr verlorengegangen, ja schließlich oft ganz bewußt durchschnitten worden. Je mehr die Arbeiter- und Angestelltenbevölkerung innerhalb des Kapitalismus selber materiell hinaufkam, um so mehr nahm sie auch die ganze Denkweise, die Lebensformen, Gewohnheiten und Ideale der bürgerlichen Gesellschaft an und ließ den Sozialismus, der ihr nichts mehr zu sagen hatte, abschätzig auf sich beruhen. Und die «sozialistischen» Parteien wie noch stärker die ihnen nahestehenden Gewerkschaften wandten sich tatsächlich, wenn auch nicht immer ausgesprochenermaßen, mehr und mehr von sozialistischen Zielsetzungen ab, begnügten sich mit bloßen sozialen und politischen Einzelreformen und wurden so zu den besten

Stützen der herrschenden «Ordnung», die aus eigenen Kräften niemals imstand wäre, sich zu behaupten, und längst zur Abdankung gezwungen wäre, wenn die sich sozialistisch heißenden Kräfte in klarem, entschlossenem Gegensatz zu ihr stünden. Das gilt nicht allein für Frankreich; es gilt auch für England, Westdeutschland, die Schweiz usw.

Den Lohn für diese ganze Charakterlosigkeit und Untreue bekommen die sozialdemokratischen Parteien nun immer vollgültiger ausbezahlt. Innerlich halt- und schwunglos geworden, vermögen sie keinerlei moralische Eroberungen mehr zu machen, ja kaum ihre bisherige Anhängerschaft zu behalten. Diejenigen Volksgruppen, die bei ihnen nur die Vertretung ihrer materiellen Interessen gesucht hatten, sind mehr oder weniger gesättigt; der Sozialismus war für sie nur eine Magenfrage – oder nicht viel mehr. Die Masse der übrigen Bevölkerung aber – warum in aller Welt sollte sich die zu den Sozialdemokraten halten? *Ihre* Interessen sind bei den offen bürgerlichen Parteien entschieden besser aufgehoben; mit ihrem Rest von marxistischer Ideologie sind ihnen die Sozialdemokraten nur verdächtig und spielen bei allen Bekenntnissen zur «Marktwirtschaft», zur bürgerlichen Demokratie, zur militärischen Aufrüstung in den Augen der konsequenten Bejaher des Bestehenden doch nur eine zweideutige Rolle. «Die Sozialdemokraten», so schrieben nach dem Sieg der Konservativen vom 8. Oktober die Londoner «Peace News», «haben keine Politik und kein Programm, womit sie den heutigen Bedürfnissen gerecht werden könnten. Sie haben sich fest auf den Boden materieller Notwendigkeiten gestellt, und nun, da Genosse Hunger im Westen nicht mehr ihre Reihen schwellt, stehen wir, wie Macmillan bemerkte, am Ende des Klassenkampfes». Der Kapitalismus hat sich (oft mit Unterstützung seiner ‚Kritiker‘) angepaßt, um über seine unausweichlichen Widersprüche wegzukommen, und die Konservativen vermögen das herrschende System besser in Gang zu halten als ihre politischen Konkurrenten. Wir ernten jetzt die volle Frucht des sozialistischen Verrats vor einem halben Jahrhundert. Als Brot-und-Butter-Politik und Nationalpatriotismus an die Stelle internationaler Bruderschaft und der Sorge um Menschenwürde und die schöpferischen Kräfte des menschlichen Lebens traten, da wurde die sinnlose Politik der heutigen Welt, vervollständigt durch Übermaterialismus, Weltkriege und Gleichgültigkeit der Massen, zur Gewißheit.» Und im «New Statesman» stellt Trevor Huddleston, der anglikanische Pfarrer und Missionar, mit nur zuviel Grund fest, daß christliche Gesinnung und Haltung im öffentlichen Leben Großbritanniens heute nur noch eine geringe Rolle spielen. Das konservative Schlagwort: «Wir haben es nie so gut gehabt wie heute» habe darum mächtig eingeschlagen. «Was mir als Christen bei dem ‚Rechtsrutsch‘ Kummer macht, ist nicht der Umstand, daß er eine konservative Regierung für die nächsten fünf

Jahre bedeutet. Es ist der Umstand, daß er die selbstgefällige, blöde Annahme der Vorstellung bedeutet, daß unser eigenes Wohlbehagen, unsere eigene bequeme, wohlgepolsterte Sicherheit den Vorrang vor allem anderen haben müsse . . . Ich glaube, es ist weniger wichtig, eine Wahl zu verlieren als seine Seele zu verlieren. Und es ist gut möglich, daß unser Land auf bestem Weg zu einem solchen Verlust ist.»

Damit ist bereits gesagt, daß es nicht genügt, «Zurück zu Marx!» zu rufen. Die bleibenden wissenschaftlichen Wahrheitserkenntnisse, die uns der Marxismus gebracht hat (und für die ich immer dankbar sein werde) gewinnen ja ihre Bedeutung und Kraft nur von den *sittlichen* Wahrheiten her, auf denen zuletzt aller Sozialismus ruht, die der Marxismus aber mehr und mehr verkannt und – besonders im Leninismus und Stalinismus – recht eigentlich verachtet und als reaktionär-bürgerlich verfemt hat. Marx selber, der späte Nachfahre der israelitischen Propheten, hatte diese Wahrheiten noch im Blut; für seine Schüler und Vergrößerer waren und sind sie nichts Lebendiges mehr und verdienen nur noch Absterben oder Ausrottung. Und doch wird der westliche Sozialismus nur wieder zu Kraft und Leben kommen, wenn er sich neu auf seine tiefsten Wurzeln und Nährquellen besinnt und von hier aus den Kampf für eine neue Welt aufnimmt. Dann wird er klar sehen, wo jeweils sein Feind steht und wo der entscheidende Durchbruch geschehen muß – und dann wird er diesem Feind, gegen den er mit seiner jetzigen Haltung nie aufkommt, auch gewachsen, ja überlegen sein. Dann wird er den Trug des Neukapitalismus und seiner «Segnungen» leicht durchschauen und sich in keinem «Wohlfahrtsstaat» ausruhen, sondern sich mit nichts Geringerem als mit der Überwindung des *ganzen* Kapitalismus und Mammonismus, alles Militarismus und Imperialismus zufrieden geben, in was für Gewändern er auch auftreten mag. Er wird insbesondere die radikale Abrüstung zu seiner Sache machen, nicht nur als einen Hauptweg zum Frieden, sondern auch als Voraussetzung für Wohlfahrt und Freiheit der «fortgeschrittenen» wie der «zurückgebliebenen» Völker, deren Not nicht wirklich zu beheben ist, solange der Kalte Krieg fort dauert und phantastische Geldmittel und Menschenkräfte für die Kriegsrüstungen verschleudert werden.

In verschiedenen Ländern des Westens regt sich schon solch ein innerlich erneuerter Sozialismus, und wir werden sein Erwachen mit stärkster Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Aber im ganzen bietet besonders der europäische Sozialdemokratismus ein fast hoffnungslos stimmendes Bild. Vielleicht wird Westeuropa einfach vollends erstarren und zur geistigen Mondlandschaft werden; vielleicht wird es sich dem Kommunismus öffnen müssen, um überhaupt von Kapitalismus und Militarismus freizuwerden. Aber das Letztere wäre natürlich doch keine endgültige Lösung, denn der Kommunismus, der aus dem ma-

teriellen «Fortschritt» ebenso einen Götzen macht wie der Kapitalismus und Amerikanismus, wird sich früher oder später vor das gleiche Problem, vor die gleiche Entscheidung gestellt sehen wie heute der westliche Sozialismus und entweder über seine so primitiv materialistische Welt- und Lebensanschauung hinauskommen müssen oder sich zersetzen und zugrundegehen. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

10. November

Hugo Kramer

Mitteilung

Der Vortrag von Prof. Dr. A. J. Rasker *«Die Macht der Versöhnung und die Ohnmacht der Gewalt»*, erschienen im Oktoberheft der «Neuen Wege», kann als Sonderdruck zum Preise von Fr. 1.– bei der Administration der «Neuen Wege», S. Zoller, Manessestraße 8, Zürich 4, bezogen werden. Postscheckkonto VIII 8608.

Wir bitten um möglichst weite Verbreitung dieser bedeutsamen, das Chaos unserer Tage entwirrenden Äußerungen eines dazu besonders kompetenten Mannes.

An unsere Abonnenten

Wir bedürfen noch immer einer beträchtlichen Erhöhung der Abonnentenzahl, damit die «Neuen Wege» sich selber erhalten können. Deshalb bitten wir unsere Abonnenten höflichst, sich umzusehen, ob sie für 1960 einen neuen Abonnenten werben könnten. Vielleicht ist es dem einen oder andern möglich, auf Weihnachten jemanden mit einem Geschenkabonnement für 1960 zu erfreuen. Wir sind auch dankbar für freiwillige Beiträge in den Betriebsfonds.

Probehefte und Einzahlungsscheine stellt die Administration gerne zu.